

RÉSOLUTION N° 260

MODIFICATION DE L'ARTICLE 12.1 DE L'ACCORD PORTANT CRÉATION DE LA BANQUE EUROPÉENNE POUR LA RECONSTRUCTION ET LE DÉVELOPPEMENT VISANT À SUPPRIMER LA LIMITE STATUTAIRE IMPOSÉE À L'UTILISATION DU CAPITAL AU TITRE DES OPÉRATIONS ORDINAIRES

LE CONSEIL DES GOUVERNEURS,

Prenant acte du rôle essentiel joué par les banques multilatérales de développement (BMD) pour relever les différents défis mondiaux urgents ;

Constatant les changements importants intervenus dans les pratiques de gestion du capital dans le secteur financier depuis l'entrée en vigueur de l'Accord le 28 mars 1991 ;

Souhaitant permettre l'utilisation optimale de la capacité capitalistique de la Banque afin de l'aider à atteindre le maximum d'impact potentiel dans ses pays bénéficiaires ;

Se félicitant de la portée des recommandations formulées dans le Rapport de l'examen indépendant des cadres d'adéquation des fonds propres (G20) et de la prise en compte attentive de ces recommandations par la Banque, notamment de la recommandation visant à moderniser l'approche des BMD en matière de gestion de l'adéquation des fonds propres en transférant les limites spécifiques au ratio de levier des statuts des BMD aux cadres d'adéquation des fonds propres des BMD, d'une manière coordonnée entre les BMD ;

Ayant examiné et approuvé le rapport du Conseil d'administration intitulé « Modification de l'article 12.1 de l'Accord portant création de la banque européenne pour la reconstruction et le développement visant à supprimer la limite statutaire imposée à l'utilisation du capital au titre des opérations ordinaires » ainsi que sa recommandation d'approuver une modification de l'article 12.1 de l'Accord visant à supprimer la limite statutaire imposée à l'utilisation du capital au titre des opérations ordinaires ; et

Étant entendu que le Conseil d'administration maintiendra une limite appropriée au ratio de levier nominal au titre des opérations, fixée en fonction de paramètres de capital pertinents, conformément au cadre d'adéquation des fonds propres de la Banque, au titre de sa responsabilité de protéger la solidité financière et la viabilité de la Banque.

DÉCIDE CE QUI SUIT :

1. L'article 12.1 de l'Accord est modifié par la suppression du texte existant et l'introduction du nouveau texte suivant :

1. Le Conseil d'administration établit et maintient des limites appropriées en ce qui concerne les indicateurs d'adéquation des fonds propres, afin de préserver la solidité et la viabilité financières de la Banque.

2. Il est demandé aux membres de la Banque s'ils acceptent ladite modification a) en signant et en déposant auprès de la Banque un instrument déclarant que ce membre a accepté ladite modification conformément à sa législation et b) en fournissant un avis jugé satisfaisant par la Banque sur la forme et le fonds, attestant que la modification a été acceptée et que l'instrument d'acceptation a été signé et déposé conformément à la législation de ce membre.
3. Ladite modification entre en vigueur trois (3) mois après la date de confirmation officielle par la Banque à ses membres que les conditions nécessaires à l'adoption de ladite modification, telles que prévues par l'article 56 de l'Accord, sont remplies.

(Adoptée le 18 mai 2023)

RESOLUTION NR. 259

ÄNDERUNG DES ARTIKELS 1 DES ÜBEREINKOMMENS ZUR ERRICHTUNG DER EUROPÄISCHEN BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG, UM EINE BEGRENZTE UND SCHRITTWEISE ERWEITERUNG DER GEOGRAPHISCHEN REICHWEITE DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER BANK AUF SUBSAHARA-AFRIKA UND IRAK ZU ERMÖGLICHEN

DER GOUVERNEURSRAT –

unter Hinweis auf die Resolution 248, mit welcher der Gouverneursrat eine begrenzte und schrittweise Erweiterung der geographischen Reichweite der Geschäftstätigkeit der Bank auf Subsahara-Afrika und Irak grundsätzlich genehmigt hat,

unter Betonung der Bedeutung von Subsahara-Afrika und Irak für die Umsetzung der geo- und entwicklungspolitischen Prioritäten der internationalen Gemeinschaft, der enger werdenden Verbindungen zwischen vielen Ländern Subsahara-Afrikas und Irak mit den derzeitigen Einsatzländern der EBWE sowie der Relevanz und Anwendbarkeit des Mandats, des Geschäftsmodells, der Konzentration auf den Privatsektor und der Sachkenntnis der Bank in Subsahara-Afrika und Irak,

unter Betonung dessen, dass die dringlichste Priorität der Bank die Unterstützung der Ukraine und anderer vom Krieg gegen die Ukraine betroffener Einsatzländer bleibt,

in der Erkenntnis, dass der Krieg gegen die Ukraine die parallele Bedeutung einer weiteren Verfolgung der Ziele der Anteilseigner in Subsahara-Afrika und Irak verdeutlicht hat,

unter der Voraussetzung, dass eine mögliche begrenzte und schrittweise Erweiterung auf neue Einsatzländer nicht zur Folge haben darf, dass die Fähigkeit der Bank zur Unterstützung ihrer derzeitigen Einsatzländer gemindert oder das AAA-Rating der Bank beeinträchtigt wird, dass zusätzliche Kapitalbeiträge beantragt werden beziehungsweise dass vom Mandat der Bank, den Übergang zu unterstützen, oder von ihren Geschäftsgrundsätzen der Additionalität und des soliden Bankgeschäfts abgewichen wird,

unter Betonung der Bedeutung von Komplementarität und Zusammenarbeit zwischen Entwicklungspartnern, die bereits in Subsahara-Afrika und Irak tätig sind, und

nach Prüfung des Berichts des Direktoriums an den Gouverneursrat mit dem Titel „Änderung des Artikels 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, um eine begrenzte und schrittweise Erweiterung der geographischen Reichweite der Geschäftstätigkeit der Bank auf Subsahara-Afrika und Irak zu ermöglichen“ und dessen Schlussfolgerungen zustimmend, unter anderem,

- i) dass die Analyse der Auswirkungen auf das Kapital und die Finanzlage erneut bestätigt, dass eine begrenzte und schrittweise Erweiterung auf Subsahara-Afrika und Irak für sich genommen die Fähigkeit der Bank zur Unterstützung ihrer derzeitigen Einsatzländer nicht mindern, das AAA-Rating der Bank nicht beeinträchtigen und nicht zur Beantragung zusätzlicher Kapitalbeiträge führen wird,

- ii) dass eine solche begrenzte und schrittweise Erweiterung der geographischen Reichweite der Geschäftstätigkeit der Bank auf Subsahara-Afrika und Irak durch eine Änderung des Artikels 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (das „Übereinkommen“) ermöglicht werden soll und
- iii) dass die Umsetzung der Erweiterung so erfolgen muss, dass der Fokus der Bank auf die Unterstützung der Ukraine und anderer vom Krieg gegen die Ukraine betroffener Länder nicht geschwächt wird –

beschließt:

1. Artikel 1 des Übereinkommens wird geändert und erhält folgenden Wortlaut:

„Zweck der Bank ist es, durch Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts und Wiederaufbaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und diese anwenden, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft zu begünstigen sowie die private und unternehmerische Initiative zu fördern. Zu den gleichen Bedingungen darf der Zweck der Bank auch i) in der Mongolei, ii) in Mitgliedsländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums und iii) in einer begrenzten Zahl von Mitgliedsländern Subsahara-Afrikas verfolgt werden; in jedem der unter den Ziffern ii und iii genannten Fälle werden diese Länder von der Bank mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Gouverneure, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, bestimmt. Dementsprechend gilt jeder Bezug in diesem Übereinkommen und seinen Anlagen auf „mittel- und osteuropäische Länder“, „Länder Mittel- und Osteuropas“, „Empfängerland“ (oder „-länder“) oder „Empfängermitgliedsland“ (oder „-länder“) auch für die Mongolei und jedes dieser Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie Subsahara-Afrikas.“

- a) Der Begriff „Subsahara-Afrika“ im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens versteht sich als die von der Weltbankgruppe definierte Region Subsahara-Afrikas.
- b) Die in Artikel 1 des Übereinkommens festgelegte Begrenzung der Zahl von Mitgliedsländern Subsahara-Afrikas, in denen die Bank ihren Zweck verfolgen darf, ist so zu verstehen, dass eine begrenzte und schrittweise Erweiterung der geographischen Reichweite der Geschäftstätigkeit der Bank in Übereinstimmung mit den Maßnahmen und Mechanismen ermöglicht wird, die im Bericht des Direktoriums mit dem Titel „Änderung des Artikels 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, um eine begrenzte und schrittweise Erweiterung der geographischen Reichweite der Geschäftstätigkeit der Bank auf Subsahara-Afrika und Irak zu ermöglichen“ festgelegt sind. In diesem Zusammenhang ist eine Zustimmung von mindestens drei Vierteln der Gouverneure, die mindestens vier Fünftel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, zur Genehmigung jedes weiteren Erweiterungsschritts erforderlich.
- c) Irak wird für die Zwecke des Übereinkommens in die Region des südlichen und östlichen Mittelmeerraums einbezogen; infolgedessen ist unter dem Begriff „südlicher und östlicher Mittelmeerraum“ im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens die Region bestehend aus den Ländern zu verstehen, die über eine Küstenlinie am Mittelmeer verfügen, sowie Jordanien und Irak, welche eng mit dieser Region verbunden sind.

2. Die Mitglieder der Bank werden gefragt, ob sie die genannte Änderung annehmen, indem sie
 - a) eine Urkunde ausfertigen und bei der Bank hinterlegen, aus der hervorgeht, dass das

betreffende Mitglied die genannte Änderung im Einklang mit seinen Rechtsvorschriften angenommen hat, und b) einen für die Bank in Inhalt und Form zufriedenstellenden Nachweis erbringen, dass die Änderung angenommen und die Annahmearkunde im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitglieds ausgefertigt und hinterlegt wurde.

3. Die genannte Änderung tritt drei (3) Monate nach dem Datum in Kraft, an dem die Bank ihren Mitgliedern förmlich bestätigt hat, dass die in Artikel 56 des Übereinkommens vorgesehenen Voraussetzungen für die Annahme der Änderung erfüllt sind.

(Angenommen am 18. Mai 2023)

RESOLUTION NR. 260

ÄNDERUNG DES ARTIKELS 12 ABSATZ 1 DES ÜBEREINKOMMENS ZUR ERRICHTUNG DER EUROPÄISCHEN BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG, UM DIE SATZUNGSMÄSSIGE KAPITALGRENZE DER ORDENTLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT AUFZUHEBEN

DER GOUVERNEURSRAT –

in Anerkennung der wichtigen Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken (MDB) bei der Bewältigung vielfacher dringlicher globaler Herausforderungen,

in Anbetracht der tiefgreifenden Veränderungen in der Kapitalmanagementpraxis im Finanzsektor, die sich seit dem Inkrafttreten des Übereinkommens am 28. März 1991 ergeben haben,

in dem Wunsch, die bestmögliche Nutzung der Kapitalkraft der Bank zu ermöglichen, um die Bank bei der Erreichung der größtmöglichen potentiellen Wirkung in ihren Empfängerländern zu unterstützen,

erfreut über die umfassenden Empfehlungen aus der von der G20 durchgeführten unabhängigen Überprüfung der Rahmenwerke für angemessene Eigenkapitalausstattung und deren sorgfältige Prüfung durch die Bank, einschließlich insbesondere der Empfehlung zur Modernisierung des Ansatzes zum Umgang mit der angemessenen Eigenkapitalausstattung seitens der MDB durch unter den MDB koordinierte Verlagerung spezifischer Verschuldensbegrenzungen aus den Satzungen der MDB in die Rahmenwerke der MDB für angemessene Eigenkapitalausstattung,

nach Prüfung und zustimmender Bewertung des Berichts des Direktoriums mit dem Titel „Änderung des Artikels 12 Absatz 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, um die satzungsmäßige Kapitalgrenze der ordentlichen Geschäftstätigkeit aufzuheben“ und der darin enthaltenen Empfehlung zur Billigung einer Änderung des Artikels 12 Absatz 1, die satzungsmäßige Kapitalgrenze der ordentlichen Geschäftstätigkeit aufzuheben, sowie

mit der Maßgabe, dass das Direktorium als Teil seiner Verantwortung, die finanzielle Solidität und Tragfähigkeit der Bank zu schützen, eine angemessene bezifferte Obergrenze für den Verschuldungsgrad bei ihrer Geschäftstätigkeit, die die relevanten Kapitalkennziffern berücksichtigt und sich innerhalb des Rahmens der Bank für angemessene Eigenkapitalausstattung bewegt, aufrechterhält –

beschließt:

1. Der bisherige Wortlaut des Artikels 12 Absatz 1 des Übereinkommens wird gestrichen und durch den folgenden neuen Wortlaut ersetzt:

„(1) Das Direktorium legt angemessene Obergrenzen in Bezug auf die Kennziffern zur Kapitaladäquanz fest und hält diese aufrecht, um die finanzielle Solidität und Tragfähigkeit der Bank zu schützen.“

2. Die Mitglieder der Bank werden gefragt, ob sie die genannte Änderung annehmen, indem sie
a) eine Urkunde ausfertigen und bei der Bank hinterlegen, aus der hervorgeht, dass das betreffende Mitglied die genannte Änderung im Einklang mit seinen Rechtsvorschriften angenommen hat, und b) einen für die Bank in Inhalt und Form zufriedenstellenden Nachweis

erbringen, dass die Änderung angenommen und die Annahmeerkunde im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitglieds ausgefertigt und hinterlegt wurde.

3. Die genannte Änderung tritt drei (3) Monate nach dem Datum in Kraft, an dem die Bank ihren Mitgliedern förmlich bestätigt hat, dass die in Artikel 56 des Übereinkommens vorgesehenen Voraussetzungen für die Annahme der genannten Änderung erfüllt sind.

(Angenommen am 18. Mai 2023)

ПОСТАНОВЛЕНИЕ № 259

ВНЕСЕНИЕ ПОПРАВОК В СТАТЬЮ 1 СОГЛАШЕНИЯ ОБ УЧРЕЖДЕНИИ ЕВРОПЕЙСКОГО БАНКА РЕКОНСТРУКЦИИ И РАЗВИТИЯ, ПОЗВОЛЯЮЩИХ ОСУЩЕСТВИТЬ ОГРАНИЧЕННОЕ И ПОСТЕПЕННОЕ РАСПРОСТРАНЕНИЕ ГЕОГРАФИЧЕСКОГО ОХВАТА ОПЕРАЦИЙ БАНКА НА СТРАНЫ АФРИКИ К ЮГУ ОТ САХАРЫ И ИРАК

СОВЕТ УПРАВЛЯЮЩИХ,

ссылаясь на постановление № 248, которым Совет управляющих в принципе одобрил ограниченное и постепенное распространение географического охвата операций Банка на страны Африки к югу от Сахары и Ирак;

выделяя важность стран Африки к югу от Сахары и Ирака для достижения приоритетов международного сообщества в области геополитики и развития, растущих связей многих стран Африки к югу от Сахары и Ирака с нынешними странами операций ЕБРР, а также актуальность и применимость мандата, бизнес-модели, ориентации на частный сектор и компетенций Банка в странах Африки к югу от Сахары и в Ираке;

подчеркивая, что наиболее насущным приоритетом для Банка остается поддержка Украины и других стран операций, затронутых войной в отношении Украины;

признавая, что война в отношении Украины одновременно повышает актуальность дальнейшего достижения целей акционеров в странах Африки к югу от Сахары и в Ираке;

подчеркивая, что любое возможное ограниченное и постепенное распространение операций на новые страны не должно: ослаблять способность Банка поддерживать его существующие страны операций, ставить под угрозу кредитный рейтинг Банка на уровне AAA, требовать дополнительных взносов в капитал; допускать отступлений от мандата Банка на поддержку переходного процесса и его операционных принципов дополняемости и здоровой банковской деятельности;

выделяя значение взаимодополняемости и сотрудничества между партнерами по развитию, которые уже действуют в странах Африки к югу от Сахары и в Ираке; и

рассмотрев доклад Совета директоров Совету управляющих «О внесении поправок в статью 1 Соглашения об учреждении Европейского банка реконструкции и развития, позволяющих осуществить ограниченное и постепенное распространение географического охвата операций Банка на страны Африки к югу от Сахары и Ирак» и согласившись с содержащимися там выводами, в частности, о том, что:

- i) анализ последствий для капитала и финансового состояния Банка подтверждает, что любое ограниченное и постепенное распространение деятельности на страны Африки к югу от Сахары и Ирак само по себе не снизит способность Банка поддерживать существующие страны операций,

не поставит под угрозу кредитный рейтинг Банка на уровне AAA и не потребует дополнительных взносов в его капитал;

- ii) такое ограниченное и постепенное распространение географического охвата операций Банка на страны Африки к югу от Сахары и Ирак должно быть санкционировано внесением поправок в статью 1 Соглашения об учреждении Европейского банка реконструкции и развития («Соглашение»); и
- iii) данное расширение должно быть проведено таким образом, чтобы не ослаблять акцента в деятельности Банка на поддержку Украины и других стран операций, затронутых войной в отношении Украины.

ПОСТАНОВЛЯЕТ:

1. В статью 1 Соглашения внести поправки, изложив ее в следующей редакции:

«Цель ЕБРР состоит в том, чтобы, внося вклад в экономический прогресс и реконструкцию, содействовать переходу к открытой экономике, ориентированной на рынок, а также развитию частной и предпринимательской инициативы в странах Центральной и Восточной Европы, приверженных принципам многопартийной демократии, плюрализма и рыночной экономики и приводящих их в жизнь. С учетом выполнения этих же условий цель Банка может также достигаться в: i) Монголии; ii) странах – членах Банка в Южном и Восточном Средиземноморье и iii) ограниченном числе стран – членов Банка в Африке к югу от Сахары, причем в каждом из случаев, упомянутых в пунктах ii) и iii) согласно его решению, принятому большинством голосов не менее двух третей управляющих, представляющих не менее трех четвертей от общего количества голосов, которыми располагают члены Банка. В этой связи любая ссылка в настоящем Соглашении и приложениях к нему на “страны Центральной и Восточной Европы”, “страны из Центральной и Восточной Европы”, “страна-получатель (или страны-получатели)” или “страна-получатель, член Банка (или страны-получатели, члены Банка)” относится также к Монголии и к каждой из таких стран Южного и Восточного Средиземноморья и Африки к югу от Сахары».

- a. Термин «Африка к югу от Сахары», содержащийся в статье 1 Соглашения, понимается как означающий регион Африки к югу от Сахары в соответствии с определением, принятым Группой Всемирного банка.
- b. Ограничение на число стран-членов в Африке к югу от Сахары, в которых Банк может выполнять свои задачи в соответствии со статьей 1 Соглашения понимается так, чтобы создать возможным ограниченное и постепенное расширение географического охвата операций Банка в соответствии с параметрами и механизмами, изложенными в докладе Совета управляющих «О внесении поправок в статью 1 Соглашения об учреждении Европейского банка реконструкции и развития, позволяющих осуществить ограниченное и постепенное распространение географического охвата операций Банка

на страны Африки к югу от Сахары и Ирак». В этом контексте для утверждения дальнейшего постепенного расширения требуется, чтобы два из него проголосовало не менее трех четвертей управляющих, на долю которых приходится не менее четырех пятых от общего количества голосов, которыми располагают члены.

- с. Ирак включается в регион Южного и Восточного Средиземноморья для целей Соглашения, и, следовательно, термин «Южное и Восточное Средиземноморье», содержащийся в статье 1 Соглашения, понимается как означающий регион, состоящий из стран, имеющих береговую линию на Средиземном море, а также Иорданию и Ирак, тесно интегрированные в данный регион.
2. Членам нужно будет ответить на вопрос о согласии на внесение указанных поправок путем а) оформления и депонирования в Банке документа с заявлением о согласии такого члена на внесение указанных поправок в соответствии со своим законодательством; и б) представления доказательств, по форме и содержанию удовлетворяющих Банк, того, что согласие на внесение поправок получено и что документ о согласии оформлен и депонирован в соответствии с законодательством данного члена.
3. Указанные поправки вступают в силу через 3 (три) месяца после даты, в которую Банк официально подтвердил своим членам, что требования согласия на внесение указанных поправок, предусмотренные статьей 56 Соглашения, выполнены.

(Принято 18 мая 2023 года)

ПОСТАНОВЛЕНИЕ № 260

ВНЕСЕНИЕ ПОПРАВОК В ПУНКТ 1 СТАТЬИ 12 СОГЛАШЕНИЯ ОБ УЧРЕЖДЕНИИ ЕВРОПЕЙСКОГО БАНКА РЕКОНСТРУКЦИИ И РАЗВИТИЯ С ЦЕЛЬЮ ОТМЕНЫ УСТАВНОГО КАПИТАЛЬНОГО ОГРАНИЧЕНИЯ НА ОБЫЧНЫЕ ОПЕРАЦИИ

СОВЕТ УПРАВЛЯЮЩИХ,

признавая первостепенную роль многосторонних банков развития (МБР) в решении многочисленных насущных мировых проблем;

отмечая значительные изменения в практике управления капиталом в финансовом секторе с момента вступления Соглашения в силу 28 марта 1991 года;

желая создать условия для оптимального использования капитальных возможностей Банка при достижении максимального потенциального воздействия в странах-получателях;

приветствуя рекомендацию, сделанную по итогам Независимого обзора нормативов достаточности капитала «Группы двадцати» и их внимательное рассмотрение Банком, включая, в частности, рекомендацию модернизировать подход МБР к регулированию достаточности капитала путем переноса конкретных предельных значений кредитного плеча из уставных документов МБР в нормативы достаточности капитала МБР по взаимному согласованию между МБР;

рассмотрев доклад Совета директоров «О внесении поправок в пункт 1 статьи 12 Соглашения об учреждении Европейского банка реконструкции и развития с целью отмены уставного капитального ограничения на обычные операции» и его рекомендацию одобрить внесение поправок в пункт 1 статьи 12 Соглашения с целью отмены уставного капитального ограничения на обычные операции, и согласившись с ними; и

исходя из того, что Совет директоров сохранит надлежащее номинальное ограничение кредитного плеча при обычных операциях, установленное с учетом соответствующих параметров капитала, в нормативах достаточности капитала Банка в рамках своей обязанности защищать финансовое здоровье и устойчивость Банка.

ПОСТАНОВЛЯЕТ:

1. В пункт 1 статьи 12 Соглашения вносятся поправки путем исключения его в действующей редакции и внесения в следующей новой редакции:

«1. Совет директоров устанавливает и поддерживает надлежащие ограничения в отношении параметров достаточности капитала для защиты финансового здоровья и устойчивости Банка».

2. Членам Банка нужно будет ответить на вопрос о согласии на внесение указанных поправок путем а) оформления и депонирования в Банке документа с заявлением о согласии такого члена на внесение указанных поправок в соответствии с его законодательством и б) представления доказательств, по форме и содержанию удовлетворяющих Банк, того, что согласие на внесение поправок получено и что документ о согласии оформлен и депонирован в соответствии с законодательством данного члена.
3. Указанные поправки вступают в силу через 3 (три) месяца после даты, в которую Банк официально подтвердил своим членам, что требования согласия на внесение указанных поправок, предусмотренные статьей 56 Соглашения, выполнены.

(Принято 18 мая 2023 года)

RESOLUTION NO.259

AMENDMENT TO ARTICLE 1 OF THE AGREEMENT ESTABLISHING THE EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT TO ENABLE A LIMITED AND INCREMENTAL EXPANSION OF THE GEOGRAPHIC SCOPE OF THE BANK'S OPERATIONS TO SUB-SAHARAN AFRICA AND IRAQ

THE BOARD OF GOVERNORS,

Recalling Resolution No.248, by which the Board of Governors approved, in principle, a limited and incremental expansion of the geographic scope of the Bank's operations to sub-Saharan Africa and Iraq;

Emphasising the importance of sub-Saharan Africa and Iraq to achieving the international community's geopolitical and development priorities, the growing links between many countries in sub-Saharan Africa and Iraq and current EBRD countries of operations, and the relevance and applicability of the Bank's mandate, business model, private sector focus and competencies in sub-Saharan Africa and Iraq;

Stressing that the most urgent priority of the Bank remains to support Ukraine and other countries of operations affected by the war on Ukraine;

Recognising that the war on Ukraine has reinforced the parallel relevance of continuing to address shareholder objectives in sub-Saharan Africa and Iraq;

Underlying that any possible limited and incremental expansion to new countries of operations must not: impair the Bank's ability to support its current countries of operations, compromise the Bank's triple-A rating, lead to a request for additional capital contributions, or deviate from the Bank's mandate to support transition and its operating principles of additionality and sound banking;

Emphasising the importance of complementarity and collaboration amongst development partners already active in sub-Saharan Africa and Iraq; and

Having considered the Report of the Board of Directors to the Board of Governors "*Amendment to Article 1 of the Agreement Establishing the European Bank for Reconstruction and Development in order to enable the limited and incremental expansion of the geographic scope of the Bank's operations to sub-Saharan Africa and Iraq*" and being in agreement with its conclusions, amongst others, that:

- (i) The analysis of the capital and financial implications reconfirms that a limited and incremental expansion to Sub-Saharan Africa and Iraq will not in itself impair the Bank's ability to support its existing countries of operations, compromise the Bank's triple-A credit rating, or lead to a request for additional capital contributions;
- (ii) Such limited and incremental expansion of the geographic scope of the Bank's operations to sub-Saharan Africa and Iraq should be enabled through an amendment of Article 1 of the Agreement Establishing the European Bank for Reconstruction and Development ('the Agreement'); and
- (iii) The implementation of the expansion must be carried out in a way that will not dilute the focus of the Bank in supporting Ukraine and other countries of operations affected by the war on Ukraine.

RESOLVE THAT:

1. Article 1 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"In contributing to economic progress and reconstruction, the purpose of the Bank shall be to foster the transition towards open market-oriented economies and to promote private and entrepreneurial initiative in the Central and Eastern European countries committed to and applying the principles of multiparty democracy, pluralism and market economics. Subject to the same conditions, the purpose of the Bank may also be carried out in (i) Mongolia; (ii) member countries of the Southern and Eastern Mediterranean; and (iii) a limited number of member countries of sub-Saharan Africa; in each case under (ii) and (iii) as determined by the Bank upon the affirmative vote of not less than two-thirds of the Governors, representing not less than three-fourths of the total voting power of the members. Accordingly, any reference in this Agreement and its annexes to "Central and Eastern European countries", "countries from Central and Eastern Europe", "recipient country (or countries)" or "recipient member country (or countries)" shall refer to Mongolia and each of such countries of the Southern and Eastern Mediterranean and sub-Saharan Africa as well."

- a. The term "sub-Saharan Africa" as set out under Article 1 of the Agreement shall be understood to mean the sub-Saharan Africa region as defined by the World Bank Group.

- b. The limitation on the number of member countries of sub-Saharan Africa in which the Bank may carry out its purpose as set out under Article 1 of the Agreement shall be understood so as to enable a limited and incremental expansion of the geographic scope of the Bank's operations, in accordance with the measures and mechanisms set out in the report of Board of Directors *"Amendment of the Agreement Establishing the European Bank for Reconstruction and Development in order to enable the limited and incremental expansion of the geographic scope of the Bank's operations to sub-Saharan Africa and Iraq"*. In this context, an affirmative vote of not less than three-fourths of the Governors, representing not less than four-fifths of the total voting power of the members shall be required to approve any further increment to the expansion.
 - c. Iraq shall be incorporated into the Southern and Eastern Mediterranean region for the purposes of the Agreement, and consequently the term "Southern and Eastern Mediterranean" as set out under Article 1 of the Agreement shall be understood to mean the region consisting of the countries that have a shoreline on the Mediterranean as well as Jordan and Iraq, which are closely integrated into this region.
2. Members of the Bank shall be asked whether they accept the said amendment by (a) executing and depositing with the Bank an instrument stating that such member has accepted the said amendment in accordance with its law and (b) furnishing evidence, in form and substance satisfactory to the Bank, that the amendment has been accepted and the instrument of acceptance has been executed and deposited in accordance with the law of that member.
3. The said amendment shall enter into force three (3) months after the date on which the Bank has formally confirmed to its members that the requirements for accepting the said amendment, as provided for in Article 56 of the Agreement, have been met.

(Adopted 18 May 2023)

RESOLUTION NO.260

AMENDMENT TO ARTICLE 12.1 OF THE AGREEMENT ESTABLISHING THE EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT TO REMOVE THE STATUTORY CAPITAL LIMITATION ON ORDINARY OPERATIONS

THE BOARD OF GOVERNORS,

Recognising the essential role of Multilateral Development Banks (MDBs) in addressing multiple pressing global challenges;

Noting the significant changes in capital management practices in the financial sector since the Agreement entered into force on 28 March 1991;

Wishing to enable the optimal use of the Bank's capital capacity to support the Bank in achieving the maximum potential impact in its recipient countries;

Welcoming the wide ranging recommendations of the G20 Independent Review of Capital Adequacy Frameworks and the careful consideration accorded to them by the Bank, including specifically the recommendation to modernise MDBs' approach to managing capital adequacy by relocating specific leverage limits from MDB statutes to MDB capital adequacy frameworks, in a coordinated manner among MDBs;

Having considered and being in agreement with the report of the Board of Directors "*Amendment of the Article 12.1 to the Agreement Establishing the European Bank for Reconstruction and Development in order to remove the statutory capital limitation on ordinary operations*" and its recommendation to approve an amendment of Article 12.1 of the Agreement to remove the statutory capital limitation on ordinary operations; and

On the understanding that the Board of Directors will maintain an appropriate nominal leverage limit on operations, set against relevant capital metrics, within the Bank's capital adequacy framework, as part of its responsibility to protect the financial soundness and sustainability of the Bank.

RESOLVES THAT:

1. Article 12.1 of the Agreement shall be amended by deleting its existing text and introducing a new text as follows:

"1. The Board of Directors shall establish and maintain appropriate limits with respect to capital adequacy metrics, in order to protect the financial soundness and sustainability of the Bank."

2. Members of the Bank shall be asked whether they accept the said amendment by (a) executing and depositing with the Bank an instrument stating that such member has accepted the said amendment in accordance with its law and (b) furnishing evidence, in form and substance satisfactory to the Bank, that the amendment has been accepted and the instrument of acceptance has been executed and deposited in accordance with the law of that member.
3. The said amendment shall enter into force three (3) months after the date on which the Bank has formally confirmed to its members that the requirements for accepting the said amendment, as provided for in Article 56 of the Agreement, have been met.

(Adopted 18 May 2023)

RÉSOLUTION N° 259

MODIFICATION DE L'ARTICLE 1^{ER} DE L'ACCORD PORTANT CRÉATION DE LA BANQUE EUROPÉENNE POUR LA RECONSTRUCTION ET LE DÉVELOPPEMENT AFIN DE PERMETTRE L'ÉLARGISSEMENT LIMITÉ ET PROGRESSIF DU CHAMP D'ACTION GÉOGRAPHIQUE DE LA BANQUE À L'AFRIQUE SUBSAHARIENNE ET À L'IRAK

LE CONSEIL DES GOUVERNEURS,

Rappelant la Résolution n°248, par laquelle le Conseil des gouverneurs a approuvé, sur le principe, un élargissement limité et progressif du champ d'action géographique de la Banque à l'Afrique subsaharienne et à l'Irak ;

Insistant sur l'importance de l'Afrique subsaharienne et de l'Irak pour la réalisation des priorités de la communauté internationale sur les plans géopolitique et du développement, les liens croissants de nombre de pays d'Afrique subsaharienne et de l'Irak avec les pays d'opérations actuels de la BERD, et la pertinence et l'applicabilité du mandat, du modèle opérationnel, de la priorité accordée au secteur privé et des compétences de la Banque en Afrique subsaharienne et en Irak ;

Soulignant que soutenir l'Ukraine et d'autres pays d'opérations touchés par la guerre contre l'Ukraine demeure la priorité la plus urgente de la Banque ;

Reconnaissant que la guerre contre l'Ukraine a renforcé l'intérêt parallèle de continuer à répondre aux objectifs des actionnaires en Afrique subsaharienne et en Irak ;

Soulignant qu'une éventuelle expansion limitée et progressive vers de nouveaux pays d'opérations ne doit pas remettre en cause l'aptitude de la Banque à appuyer ses pays d'opérations actuels, compromettre sa note de crédit AAA, conduire à une demande de contributions supplémentaires au capital, ni amener la Banque à s'écarter de son mandat en faveur de la transition et des principes opérationnels d'additionnalité et de saine gestion bancaire qui sont les siens ;

Insistant sur l'importance d'une complémentarité et d'une collaboration entre les partenaires du développement déjà présents en Afrique subsaharienne et en Irak ; et

Ayant examiné le rapport du Conseil d'administration au Conseil des gouverneurs intitulé « *Modification de l'article 1^{er} de l'Accord portant création de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement afin de permettre l'élargissement limité et progressif du champ d'action géographique de la Banque à l'Afrique subsaharienne et à l'Irak* » et faisant siennes ses conclusions selon lesquelles, notamment :

- i) L'analyse des implications pour le capital et les finances reconferme qu'un élargissement limité et progressif à l'Afrique subsaharienne et à l'Irak, en lui-même, ne remettra pas en cause l'aptitude de la Banque à appuyer ses pays d'opérations actuels, ne compromettra pas sa note de crédit AAA et ne conduira pas à une demande de contributions supplémentaires au capital ;

- ii) Cet élargissement limité et progressif du champ d'action géographique de la Banque à l'Afrique subsaharienne et à l'Irak devrait être autorisé par une modification de l'article 1^{er} de l'Accord portant création de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (« l'Accord ») ; et
- iii) La mise en œuvre de l'élargissement doit être effectuée d'une manière qui ne diluera pas la priorité accordée par la Banque au soutien à l'Ukraine et à d'autres pays d'opérations touchés par la guerre contre l'Ukraine.

DÉCIDE CE QUI SUIT :

1. L'article 1^{er} de l'Accord sera modifié comme suit :

« L'objet de la Banque est, en contribuant au progrès et à la reconstruction économiques des pays d'Europe centrale et orientale qui s'engagent à respecter et mettent en pratique les principes de la démocratie pluraliste, du pluralisme et de l'économie de marché, de favoriser la transition de leurs économies vers des économies de marché, et d'y promouvoir l'initiative privée et l'esprit d'entreprise. Aux mêmes conditions, l'objet de la Banque peut également être mis en œuvre (i) en Mongolie ; (ii) dans les pays membres de la partie méridionale et orientale du Bassin méditerranéen ; et (iii) dans un nombre limité de pays membres d'Afrique subsaharienne ; dans chaque cas au titre des points (ii) et (iii) comme la Banque en décidera sur vote affirmatif des deux tiers au moins du nombre des gouverneurs, représentant au moins les trois quarts du nombre total des voix attribuées aux Membres. En conséquence, toute référence dans le présent Accord et dans ses annexes aux « pays d'Europe centrale et orientale », à un ou plusieurs « pays bénéficiaires » ou aux « pays membres bénéficiaires » s'applique également à la Mongolie ainsi qu'aux pays de la partie méridionale et orientale du Bassin méditerranéen et d'Afrique subsaharienne qui répondent aux conditions énoncées ci-dessus. »

- a. Le terme « Afrique subsaharienne » énoncé à l'article 1^{er} de l'Accord s'entend de la région de l'Afrique subsaharienne telle que définie par le Groupe de la Banque mondiale.
- b. La limite quant au nombre de pays membres d'Afrique subsaharienne dans lesquels la Banque pourrait mettre en œuvre son objet tel qu'énoncé à l'article 1^{er} de l'Accord s'entend de manière à permettre un élargissement limité et progressif du champ d'action géographique de la Banque, conformément aux mesures et mécanismes exposés dans le rapport du Conseil d'administration intitulé « *Modification de l'Accord portant création de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement afin de permettre l'élargissement limité et progressif du champ d'action géographique de la Banque à l'Afrique subsaharienne et à l'Irak* ». Dans ce contexte, un vote affirmatif d'au moins trois quarts des gouverneurs, représentant au moins quatre cinquièmes du nombre total des voix attribuées aux membres, est requis pour approuver toute nouvelle progression de l'élargissement.
- c. L'Irak est incorporé dans la partie méridionale et orientale du bassin méditerranéen aux fins de l'Accord, et en conséquence le terme « *partie méridionale et orientale du Bassin méditerranéen* » tel qu'énoncé à l'article 1^{er} de l'Accord s'entend de la région comprenant les pays qui donnent sur la Méditerranée, ainsi que la Jordanie et l'Irak, qui sont étroitement intégrés à cette région.

2. Il est demandé aux membres de la Banque s'ils acceptent ladite modification a) en signant et en déposant auprès de la Banque un instrument déclarant que ce membre a accepté ladite modification conformément à sa législation et b) en fournissant un avis jugé satisfaisant par la Banque sur la forme et le fonds, attestant que la modification a été acceptée et que l'instrument d'acceptation a été signé et déposé conformément à la législation de ce membre.
3. Ladite modification entre en vigueur trois (3) mois après la date de confirmation officielle par la Banque à ses membres que les conditions nécessaires à l'adoption de ladite modification, telles que prévues par l'article 56 de l'Accord, sont remplies.

(Adoptée le 18 mai 2023)